

Umweltministerin Hinz unterstützt das Bündnis Windkraft Winterstein

Das Bündnis Windkraft Winterstein hatte kürzlich seine grundlegenden Ideen zum sinnvollen energetischen Umgang mit der Windvorrangfläche 7805 am Winterstein der hessischen Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz mitgeteilt. Informiert wurde dabei über die Planungsvorstellungen der Kommunen Friedberg, Ober-Mörlen, Rosbach und Wehrheim. Das Bündnis hatte auch um eine Einschätzung der aktuellen Situation gebeten und angefragt, ob man mit einer Unterstützung der Staatsministerin rechnen könne.

Das Bündnis bezeichnet schon lange den Entwurf des Bebauungsplanes der 4 Kommunen mit nur 3 vorgesehenen Windkraftanlagen als eine „Verhinderungsplanung“, weil man nicht die möglichen mindestens 20 Anlagen berücksichtigt. Die Ministerin sieht nun ähnliche Mängel und teilte sehr deutlich dem Bündnis mit: „Nach meiner Ansicht haben es die drei waldbesitzenden Kommunen, deren Eigentumsflächen sich für eine gemeinsame Planung aufdrängen einbezogen zu werden, bislang nicht ausreichend erkannt, welche Vorteile sowohl für den Umwelt- und Klimaschutz als auch für die Wertschöpfung zugunsten des Gemeinwohls erbracht werden könnten“. Das Bündnis Winterstein sieht sich dadurch in seiner Kritik und in seinem Handeln sehr bestätigt und fordert nun die Mehrheiten der Verantwortlichen in den Kommunen zu einem deutlichen und schnellen Umdenken auf. Man setze dabei auch auf neue Mehrheiten nach der Kommunalwahl. Parteien die jetzt Werbung mit Plakaten „Keine Windmühlen auf dem Winterstein“ machten, seien als Umwelt- und Klimazerstörer nicht mehr zu akzeptieren.

Und die Ministerin unterstützt auch die Feststellung des Bündnisses, dass die bisherigen Festlegungen der Kommunen nach technischen Einschränkungen zur Nabenhöhe, Gesamthöhe, Getriebeart oder dem Rotordurchmesser bei den Windkraftanlagen abzulehnen sind. Priska Hinz hatte zu allen diesen Punkten Kontakt mit Diethardt Stamm und teilte danach unmissverständlich schriftlich mit: „Wenig zielführend scheint mir der Weg, wie er mit den von den Kommunen als Satzung seither beschlossenen Veränderungssperren und der Aufstellung eines Bebauungsplans Nr. 92 „Natur- und Erholungsgebiet Winterstein“ in Friedberg, Stadtteil Ockstadt, Teilbereich der gemeinsamen Bauleitplanung der Stadt Friedberg, der Gemeinde Ober-Mörlen, der Stadt Rosbach v.d.H. und der Gemeinde Wehrheim beschränkt wird“. Das Bündnis hofft nun, dass die betroffenen Kommunen dies sehr zeitnah in neue Planungen einfließen lassen und dass klar wird, dass sich die Zahl, Höhe und Technik der Windenergieanlagen an einem optimalen Energieertrag im Sinne der Umwelt und Klimaerhaltung zu orientieren hat. Begrüßen würde es das Bündnis auch, wenn es auf dieser Grundlage zu gemeinsamen Gesprächen mit den Kommunen, den Flächeneignern Bundes- und Hessenforst, aber auch Organisationen kommen würde, die die Bürger:innen bei der Beteiligung an den Windkraftanlagen vertreten. Auch hier bietet die Umweltministerin ihre Hilfe an und teilt mit: „Ich würde es begrüßen, wenn es mit Blick auf die langfristigen energiepolitischen Ziele gelänge, durch die Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen allen Beteiligten eine transparente allseits befriedigende Lösung zu erreichen“. Das Bündnis wird nun nach der Kommunalwahl Mitte März die dann auch neuen Gremien und die Bürgermeister:in in den 4 Gemeinden und alle potenziell Betroffene zu einem „Runden Tisch“ einladen. Mit dabei sind auch Energieversorger in kommunaler oder landesweiter Hand wie z.B. die OVAG oder EnBW. Das alles wurde auch schon von dem hessischen Staatsminister Tarek Al Wazir angestrebt und scheiterte bislang. Ministerin Hinz schreibt dazu; „Nach Rückkopplung auf Arbeitsebene mit dem Hessischen Wirtschaftsministerium und der Landesenergieagentur gab es bereits vor der Offenlage der aktuellen Bauleitplanung Kontakte des Bürgerforums Energiewende Hessen (BFEH) mit der Stadt Friedberg und auch der Stadt Rosbach, um die Idee eines Runden Tisches anzubringen. Jedoch kam dazu bislang kein persönlicher Termin zustande“.

Für das Bündnis kam diese Mitteilung überraschend, denn Gesprächsverweigerung sei immer ein Zeichen dafür, dass man etwas, was von Vielen gewünscht wird, verhindern möchte. Und gerne nehmen nun die 27 Organisationen pro Umwelt, Klima und somit Windkraft auf dem Winterstein das Angebot der Ministerin Hinz an, nämlich unter Mithilfe der Landesenergieagentur und des Bürgerforums Energiewende Hessen jederzeit gerne einen Runden Tisch zu moderieren und für eine Veranstaltungskonzeption bereit zu stehen.

Auch auf die Vorschläge des Bündnisses, dass die Planung und Finanzierung des Windparks in enger Kooperation mit den Anliegerkommunen, Bürgerinstitutionen und Energiegenossenschaften erfolgen soll, ging Hinz ein. Sie verband das mit einer regionalen Wertschöpfung und einer daraus sich ergebenden besonderen Gewichtung von 30 % für diese Punkte schon im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens.

Das Bündnis ist dankbar für die massive Unterstützung durch die hessische Landesregierung. Stamm sagt: „Wir werden mit der Umweltministerin Priska Hinz und dem Wirtschaftsminister Tarek al Wazir weitere Fragen abklären und wir werden gemeinsam versuchen, möglichst viele energetische Ziele auf dem Winterstein durchzusetzen“.

Für das Bündnis Windpark Winterstein

Volkmar Heitmann, Wetterau im Wandel

Klaus Kissel, Organisation WIR

Dr. Werner Neumann, BUND Wetterau

Laura Pfeifer, Fridays for future

Betina Quägber-Zehe, Stadtverordnete Rosbach

Diethardt Stamm, Energiebildungsverein

Hans-Dieter Wagner, Querstellen Friedberg